

**NIEDERSCHRIFT**
(öffentlicher Teil)**31. und konstituierende Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit
und Ordnung
(Wahlperiode 2013 - 2018)**

Sitzungstermin:	Dienstag, 15.11.2016
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr
Sitzungsende:	18:15 Uhr
Sitzungsort:	Großer Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordor Allee 2-6, 23560 Lübeck

Anwesende Mitglieder**Vorsitz**

Herr Hans-Jürgen Schubert - grün+alternativ+links (GAL)	
---	--

Mitglieder aus der Bürgerschaft

Frau Silke Mählenhoff - Bü90/DIEGRÜNEN	
--	--

Herr Dr. Marek Lengen - SPD	
-----------------------------	--

Herr Jochen Mauritz - CDU	
---------------------------	--

Frau Heidemarie Menorca - CDU	
-------------------------------	--

Frau Kerstin Metzner - SPD	
----------------------------	--

Frau Ursula Wind-Olßon - CDU	
------------------------------	--

Herr Oliver Dedow - BfL	
-------------------------	--

stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.

Frau Liane Rüther - CDU	
-------------------------	--

Vertretung für: Herrn Joachim Hess	
---------------------------------------	--

Herr Christoph Otte - SPD	
---------------------------	--

Herr Paul-Gerhard Röttger - CDU	
---------------------------------	--

Herr Rüdiger Hinrichs - FREIE WÄHLER&DIE LINKE	
--	--

Herr Rolf Müller - FDP	
------------------------	--

Verwaltung	
Herr Senator Ludger Hinsen	FBL 3
Frau Dr. Olga Koop	FBC 3
Frau Angela Neitzke	FBC 3
Herr Ronny Hopp	FBD 3
Herr Reinhard Rocksien	3.322 - Melde- und Gewerbeangelegenheiten
Herr Norbert Siegrist	3.327 - Verkehrsangelegenheiten
Herr Egbert Ohlow	3.327 - Verkehrsangelegenheiten
Frau Regina Teege	3.340 - Standesamt
Herr Bernd Neumann	3.370 - Feuerwehr
Frau Birgit Hartmann	3.390 - Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz
Frau Barbara Schäfers	3.390 - Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz
Herr Rüdiger Mahnkopf	3.820 - Stadtwald
Herr Manfred Uhlig	1.201 - Haushalt und Steuerung
Herr Tobias Breuel	1.201 - Haushalt und Steuerung
Frau Yvonne Biermann	5.610 - Stadtplanung und Bauordnung
Frau Stefanie von Klonczynski	5.610 - Stadtplanung und Bauordnung
Herr Walter Gaul	Stadtfirewehrverband
Herr Peter Tengler	PR Feuerwehr
Herr Jens Clasen	PR Stadtwald

Protokollführung	
Herr Maik Schneider-Wendt	FBD 3

Sonstige Personen	
Herr Jörg Clement - Naturschutzbeirat	nur im öffentlichen Teil
Herr Fries-Pieter Frieze - Seniorenbeirat	nur im öffentlichen Teil
Herr Klaus- Dieter Zander - Seniorenbeirat	nur im öffentlichen Teil

Entschuldigte Mitglieder

Mitglieder aus der Bürgerschaft	
--	--

Herr Frank Zahn - SPD	entschuldigt

stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
---	--

Herr Joachim Hess - CDU	entschuldigt
Herr Olaf Wegner - BfL	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Beschlussfähigkeit
1.1.	Feststellung des ältesten Ausschussmitglieds
1.2.	Verpflichtung des bürgerlichen Ausschussvorsitzenden durch ältestes Mitglied
1.3.	Verpflichtung der anwesenden bürgerlichen Ausschussmitglieder durch den Vorsitzenden
2.	Feststellung der Tagesordnung
3.	Feststellung der Niederschrift (öffentlicher Teil) vom 20.09.2016
4.	Mitteilungen
4.1.	Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden
4.1.1.	Sitzungstermine Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung 2017 Vorlage: VO/2016/04018
4.2.	Mitteilungen der Fachbereichsleitung
4.2.1.	Zwischenbericht 2/2016
4.2.2.	Semistationäre Geschwindigkeitsmessenanlagen
4.2.3.	CO ₂ -Bilanz
4.2.4.	Sachstand Abrissarbeiten Tierparkgelände
4.2.5.	Sachstand Vogelgrippe
4.3.	Beantwortung von Anfragen
4.4.	Überweisungen aus der Bürgerschaft
4.4.1.	Änderung der Bebauung im Bereich der Alten Wasserkunst zur Erhaltung eines Baumes von besonderer Bedeutung (Überweisung aus der Bürgerschaft, Sitzung der Bürgerschaft am 29. September 2016 / Antrag aus der Einwohnerversammlung am 05.07.2016) Vorlage: VO/2016/04322
4.4.2.	Nachhaltigkeit bei Baumneupflanzung (Überweisung aus der Bürgerschaft, Sitzung der Bürgerschaft am 29. September 2016 / Antrag aus der Einwohnerversammlung am 05.07.2016) Vorlage: VO/2016/04323
5.	Anträge

6.	Vorlagen
6.1.	Gutachten zu der Wirtschaftlichkeit und zu den Organisationsstrukturen der Feuerwehren Lübeck und Kiel – Zusammenfassender Ergebnisbericht – Vorlage: VO/2016/03618
6.2.	Haushaltssatzung 2017 mit Stellenplanänderungen 2017 Vorlage: VO/2016/04224
6.3.	Bebauungsplan 32.14.00 – Auf dem Baggersand / Hafenquartier – Satzungsbeschluss und zugehörige 113. Änderung des Flächennutzungsplanes - abschließender Beschluss (5.610) Vorlage: VO/2016/04260
6.4.	Bebauungsplan 17.57.00 - Baltische Allee / Wasserfähr - Satzungsbeschluss und zugehörige 121. Änderung des Flächennutzungsplanes - abschließender Beschluss (5.610) Vorlage: VO/2016/04289
6.5.	Annahme einer Geldspende der "Gemeinnützige Sparkassenstiftung zu Lübeck" über 3.000,00 Euro (Unterstützung zur Erstellung einer Klimabroschüre) Vorlage: VO/2016/04309
7.	Berichte und Antworten
7.1.	Eheschließungen im Rathaus und auf der Passat Vorlage: VO/2016/04012
8.	Neue Anfragen und Verschiedenes
8.1.	Anfrage Frau Menorca - bauliche Überprüfung Neueröffnungen (Gastronomie)
8.2.	Anfrage Frau Menorca - WLAN Gremiensitzungen
8.3.	Anfrage Frau Metzner - Kontrollen ruhender Verkehr Stadtfreiheit, Hansestraße, Hansering
8.4.	Anfrage Herr Schubert - Gewährleistung Baumschutz bei Herstellung der Verkehrssicherheit (Einsatz von auftauenden Mitteln - Streusalz)
8.5.	Anfrage Herr Müller - Abschiebungen in Lübeck
8.6.	Anfrage Herr Müller - AG - Besucherlenkung Priwall
8.7.	Anfrage Herr Müller - Landschaftsschutzgebiet Priwall
8.8.	Anfrage Herr Otte - Nylongurte bei Baumneupflanzungen

Nichtöffentlicher Teil:

9.	Feststellung der Niederschrift (nichtöffentlicher Teil) vom 20.09.2016
10.	Mitteilungen
11.	Vorlagen
12.	Berichte und Antworten
12.1.	Vergabemitteilung über einen bereits erteilten Auftrag im Wert von mehr als 10.000 EUR (Abriss der Baulichkeiten auf dem ehemaligen Tierparkgelände) Vorlage: VO/2016/04288
13.	Neue Anfragen und Verschiedenes

Öffentlicher Teil:

14.	Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Schubert eröffnet die 31. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung in der Wahlperiode 2013 - 2018, begrüßt die Ausschussmitglieder, die zu den einzelnen Tagesordnungspunkten eingeladenen Referenten sowie die Vertreter der Bereiche.

zu 1.1 Feststellung des ältesten Ausschussmitglieds

Herr Schubert stellt das älteste Mitglied des Ausschusses fest.

Ältestes Ausschussmitglied:

Herr Rolf Müller (FDP)

zu 1.2 Verpflichtung des bürgerlichen Ausschussvorsitzenden durch ältestes Mitglied

Herr Müller verpflichtet gem. § 46 Abs. 6 Gemeindeordnung (GO) per Handschlag den bürgerlichen Ausschussvorsitzenden, Herrn Hans-Jürgen Schubert, auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Obliegenheiten und führt ihn in sein Amt ein.

zu 1.3 Verpflichtung der anwesenden bürgerlichen Ausschussmitglieder durch den Vorsitzenden

Herr Schubert verpflichtet gem. § 46 Abs. 6 GO per Handschlag die bürgerlichen Ausschussmitglieder auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten und führt sie in ihr Amt ein.

Verpflichtet werden:

Frau Liane Rüther, Herr Christoph Otte, Herr Paul-Gerhard Röttger, Herr Rolf Müller und Herr Rüdiger Hinrichs.

Herr Schubert stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Schubert beantragt das Vorziehen der TOP 6.3, 6.4 und 6.2, mit Rücksicht auf die dazu eingeladenen Gäste sowie die nichtöffentliche Beratung der dem nichtöffentlichen Teil zugeordneten Tagesordnungspunkte. Herr Müller ergänzt, die Tagesordnungspunkte 4.4.1 sowie 4.4.2 auch vorzuziehen, da die anwesenden Vertreter des FB 5 dazu Stellung nehmen könnten.

Der Ausschuss stimmt dem Antrag bei **13** - Jastimmen, **0** - Neinstimmen und **0** - Stimmenthaltungen einstimmig zu.

Der Ausschuss stellt die Tagesordnung bei **13** - Jastimmen, **0** - Neinstimmen und **0** - Stimmenthaltungen einstimmig fest.

zu 3 Feststellung der Niederschrift (öffentlicher Teil) vom 20.09.2016

Für Frau Mählenhoff ist die Formulierung zu TOP 9.1 Seite 12 zu ungenau, sie bittet um folgende Änderung:

Streiche: *Der Sache könne aber nachgegangen werden.*

Setze: *Der Sache werde aber nachgegangen.*

Der Ausschuss stellt die Niederschrift in geänderter Fassung bei **13** - Jastimmen, **0** - Neinstimmen und **0** - Stimmenthaltungen einstimmig fest.

zu 4 Mitteilungen

zu 4.1 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden

zu 4.1.1 Sitzungstermine Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung 2017 Vorlage: VO/2016/04018

Herr Schubert fragt nach, ob es bzgl. der Sitzungstermine 2017 Änderungsbedarf gebe.

Keine Wortmeldung.

Frau Metzner beantragt, die diesjährige Sitzung am 20.12.2016 nicht stattfinden zu lassen.

Der Ausschuss stimmt dem Antrag bei **13** - Jastimmen, **0** - Neinstimmen und **0** - Stimmenthaltungen einstimmig zu.

Der Ausschuss nimmt die Sitzungstermine 2017 zur Kenntnis.

zu 4.2 Mitteilungen der Fachbereichsleitung

zu 4.2.1 Zwischenbericht 2/2016

Frau Dr. Koop berichtet, dass der Fachbereich auf die Druckvorlage des 2. Zwischenberichts 2016 verzichte und die Änderungen mündlich vortrage. Diese Verfahrensweise sei mit dem Zentralen Controlling abgestimmt. Der 2. Zwischenbericht sei vom Hauptausschuss am 11. Oktober 2016 zur Kenntnis genommen worden.

Der Fachbereich 3 habe Veränderungen im Ergebnishaushalt 2016 gemeldet, die das Zuschussbudget des FB 3 voraussichtlich um ca. 306 TEUR verringern.

Der 2. Zwischenbericht 2016 kann in ALLRIS unter VO/2016/04179 nachgelesen werden.

Eine Frage von Frau Metzner beantwortet Frau Hartmann.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 4.2.2 Semistationäre Geschwindigkeitsmessenanlagen

Herr Ohlow teilt mittels einer Präsentation¹ den Ausschussmitgliedern mit, dass der Bereich Verkehrsangelegenheiten ab Mitte Dezember für voraussichtlich 6 Monate sogenannte „semistationäre Geschwindigkeitsmessenanlagen“ im Rahmen eines Mietmodells testen werde. Es handle sich um PKW-Anhänger, die mit einer entsprechenden Messanlage ausgestattet seien und an beliebigen Straßenabschnitten für etwa eine Woche absolut autark Geschwindigkeitsmessungen durchführen könnten.

Nachfragen der Ausschussmitglieder Dedow, Müller, Otte sowie Mählenhoff beantworten die Herren Hinsen, Ohlow, Hopp sowie Frau Dr. Koop.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 4.2.3 CO₂-Bilanz

Frau Schäfers berichtet anhand einer Präsentation über die CO₂-Bilanz im Raum Lübeck.²

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 4.2.4 Sachstand Abrissarbeiten Tierparkgelände

Herr Hinsen gibt bekannt, dass der Auftrag für die Abrissarbeiten vergeben worden sei. Des Weiteren sei man mit der Kreijsjägerschaft bzgl. einer Nachnutzung des Geländes im Gespräch. Man selbst könne sich aber auch die Anlegung eines Lehrpfades vorstellen, hier werde man den Kontakt zu weiteren Vereinen und Verbänden suchen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 4.2.5 Sachstand Vogelgrippe

Frau Hartmann bezieht sich inhaltlich auf die Pressemitteilung des Lübecker Pressedienstes (160840L 2016-11-11) und zitiert daraus.³ Nachfragen der Herren Dedow, Otte und Müller beantwortet Frau Hartmann.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 4.3 Beantwortung von Anfragen

Es liegt nichts vor.

¹ Anlage 1 Die Anlagen sind im Ratsinformationssystem abrufbar.

² Anlage 2

³ <http://www.luebeck.de/aktuelles/presse/pressedienst/view/160840R/>

zu 4.4 Überweisungen aus der Bürgerschaft (vorgezogen)

zu 4.4.1 Änderung der Bebauung im Bereich der Alten Wasserkunst zur Erhaltung eines Baumes von besonderer Bedeutung (Überweisung aus der Bürgerschaft, Sitzung der Bürgerschaft am 29. September 2016 / Antrag aus der Einwohnerversammlung am 05.07.2016) Vorlage: VO/2016/04322

Die Bürgerschaft hat zu Punkt 10.11 mit VO Nr. 4002 den nachstehend aufgeführten Antrag aus der Einwohnerversammlung am 05.07.2016 betr.

*Änderung der Bebauung im Bereich der Alten Wasserkunst zur Erhaltung eines Baumes von besonderer Bedeutung einstimmig **abschließend** an den Bauausschuss und Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung überwiesen:*

Antrag aus Einwohnerversammlung 05.07.16; hier: Änderung der Bebauung im Bereich der Alten Wasserkunst zur Erhaltung eines Baumes von besonderer Bedeutung

Die Bebauung im Bereich der Alten Wasserkunst an der Ratzeburger Allee soll geringfügig verändert werden, damit ein Baum von besonderer Bedeutung erhalten werden kann.

Es sprechen die Ausschussmitglieder Müller, Wind-Olßon, Metzner und Mählenhoff. Im Kern der ähnlich wie im Bauausschuss vom 07.11.2016 geführten Beratung geht es um die Klärung, um welchen Baum es sich eigentlich handelt. Der Antrag sei diesbezüglich zu ungenau formuliert.

Frau Mählenhoff merkt an, dass in der Einwohnerversammlung genau auf den zu schützenden Baum eingegangen worden sei. Im weiteren Verfahrensablauf sei der Antrag immer ungenauer geworden. Herr Hinsen sagt diesbezüglich eine Klärung zu. Des Weiteren führen Frau Hartmann und Herr Hinsen aus, dass die Eiche als erhaltenswert eingestuft worden sei und der geplante Baukörper in westlicher Richtung verschoben werde. Anders verhalte es sich bei der auch in Frage kommenden Thuja. Der Baum sei im Rahmen der fachgutachterlichen Betrachtung des Baumbestandes bei der Aufstellung des Bebauungsplanes als nicht erhaltenswert eingestuft und zwischenzeitlich gefällt worden.

Der Ausschuss betrachtet den Antrag durch das Fällen der Thuja sowie der Verschiebung des Baukörpers aufgrund der Eiche bei 13-Jastimmen, 0-Neinstimmen und 0-Stimmenthaltungen einstimmig als erledigt.

zu 4.4.2 Nachhaltigkeit bei Baumneupflanzung (Überweisung aus der Bürgerschaft, Sitzung der Bürgerschaft am 29. September 2016 / Antrag aus der Einwohnerversammlung am 05.07.2016) Vorlage: VO/2016/04323

*Die Bürgerschaft hat zu Punkt 10.17 mit VO Nr. 4015 den nachstehend aufgeführten Antrag aus der Einwohnerversammlung am 05.07.2016 betr. Nachhaltigkeit bei Baumneupflanzung einstimmig **abschließend** an den Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung überwiesen:*

Antrag aus Einwohnerversammlung 05.07.16; hier: Nachhaltigkeit bei Baumneupflanzung

Bei Baumneupflanzungen ist auch Nachhaltigkeit zu achten. Es soll im Sinne von „Essbare Stadt“ nachgepflanzt werden (genießbare wohlschmeckende Baumblätter mit Heilwirkung).

Zum Antrag führt Herr Hinsen aus, dass das ein Kriterium sein könne, aber andere Kriterien wie Standorteignung, Eignung für die Tierwelt, Wirkung auf das Orts- und Landschaftsbild, Naturnähe ebenfalls zu beachten seien. Es sei nicht sinnvoll, Stadtbäume, insbesondere Straßenbäume, als essbar zu propagieren. Dazu würden sie zu viele Filterleistungen, mit entsprechenden Belastungen, wahrnehmen.

Es sprechen die Ausschussmitglieder Mählenhoff, Dr. Lengen, Mauritz und Metzner. Es herrscht Einigkeit, dass u.a. durch die Projekte „Urban Gardening“ und „Essbare Stadt“ schon im Sinne des Antrags verfahren werde.

Herr Schubert formuliert den folgenden Beschluss, welchem der Ausschuss bei

13-Jastimmen, **0**-Neinstimmen und **0**-Stimmenthaltungen einstimmig zustimmt:

„Der Ausschuss betrachtet den Antrag durch die Umsetzung in den Projekten „Urban Gardening“ sowie „Essbare Stadt“ als erledigt.“

zu 5 Anträge

Es liegt nichts vor.

zu 6 Vorlagen

zu 6.1 Gutachten zu der Wirtschaftlichkeit und zu den Organisationsstrukturen der Feuerwehren Lübeck und Kiel – Zusammenfassender Ergebnisbericht – Vorlage: VO/2016/03618

Beschlussvorschlag:

Der Bürgermeister wird beauftragt, als Ergebnis der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung der Firma Luelf und Rinke folgende Maßnahmen für Lübeck umzusetzen:

1. Standortstruktur der Wachen der Berufsfeuerwehr

Zu einer fachlich verantwortbaren Entscheidung der Frage, ob von dem derzeit bestehenden 4-Wachen-System auf ein 3-Wachen-System umgestiegen werden kann, wird ein zweijähriger Dokumentationszeitraum parallel zum Weiterbetrieb der Feuerwache 4 eingerichtet. Während dieser Zeit wird mittels eines Zeit- und Datenerfassungssystems ermittelt, ob die Freiwillige Feuerwehr Schlutup die Kriterien für die 1. Hilfsfrist (10 Einsatzkräfte mit notwendiger Qualifikation in 10 Minuten) in den Abend- und Nachtzeiten sowie an den Wochenenden erfüllen könnte. Nach Abschluss der Testphase und Datenanalyse ist der Bürgerschaft ein endgültiger Vorschlag zur Entscheidung über die künftige Standortstruktur zu unterbreiten.

2. Standortstruktur der Freiwilligen Feuerwehren

Die Standortstruktur der Freiwilligen Feuerwehren wird durch die Bereichsleitung der Feuerwehr im Einvernehmen mit den beteiligten Wehren und dem Stadtfeuerwehrverband unter Berücksichtigung der personellen Leistungsfähigkeit der Wehren kontinuierlich überprüft. Dabei sind die vom Gutachter genannten Vorschläge zu einer perspektivischen Reduzierung von 22 auf 15 Standorte sowie die Neugründung eines Standortes einer freiwilligen Feuerwehr im östlichen Stadtgebiet (Eichholz/Brandenbaum) einzubeziehen. Eine zwangsweise Zusammenlegung von Standorten wird nicht betrieben. Investitionen orientieren sich an der Empfehlung des Gutachtens.

3. Funktionsbesetzungsplan

Die Struktur im Führungsdienst wird gemäß den Empfehlungen des Gutachtens durch die stufenweise Aufstockung um max. 10 Stellen bis 2019 optimiert. Die notwendigen Stellen werden in einem Stufenplan in den Jahren 2017 bis 2019 im Rahmen der Haushaltsaufstellung geordnet. Zur Stellenfinanzierung sind die Mittel Dritter (z.B. Krankenkassen) einzubeziehen.

Die Anpassung der Einsatzfunktionen in den Wachabteilungen für Brandschutz und Technische Hilfe gemäß Gutachterempfehlung um eine Funktion Führungsassistent (entspricht 5,16 Stellen) und max. 2 Sonderfunktionen wird gesondert geprüft. Eine Umsetzung steht unter Haushaltsvorbehalt.

4. Aufbauorganisation

Die Aufbauorganisation wird unter Einbeziehung der Gutachterempfehlungen mit dem Ziel einer besseren Verzahnung zwischen Einsatzdienst und Sachgebietsarbeit optimiert.

5. Wasserseitige Gefahrenabwehr

Die Verwaltung legt bis Ende 2017 ein organisationsübergreifendes Konzept zur wasserseitigen Gefahrenabwehr unter Einbeziehung der Gutachterempfehlungen und in Zusammenarbeit mit anderen Institutionen vor. Der Ersatz des bestehenden Löschbootes durch ein kompaktes Hilfeleistungslöschboot ist hierbei eine Option.

6. Personalwirtschaft

Die Berechnung des Personalbedarfs zur zuverlässigen Besetzung der Wachabteilungen erfolgt gemäß Vorschlag des Gutachters auf der Grundlage teils retrospektiv, teils prospektiv ermittelter Personalausfallfaktoren. Es sind geeignete Maßnahmen zu ergreifen, die durch die Verwaltung beeinflussbaren Personalausfallfaktoren zu minimieren. Dazu gehört, die bereits ergriffenen Maßnahmen des Gesundheitsmanagements fortzusetzen bzw. gem. Gutachterempfehlung zu erweitern.

Herr Dr. Lengen beantragt die Vertagung der Vorlage.

Der Ausschuss nimmt der Vertagung bei 13-Jaustimmen, 0-Neinstimmen und 0-Stimmenthaltungen einstimmig zu.

Beschlussvorschlag:

1. Der **Produkthaushaltsplan** bestehend je Produkt aus der Produkthaushaltsseite, dem Ergebnisplan und dem Finanzplan incl. der investiven Ein- und Auszahlungen und Finanzierungstätigkeiten wird mit den Veränderungen lt. **Anlage 1** - Veränderungen aus Ausgleichsvorschlägen, Nachmeldungen und Fachausschussempfehlungen zum Ergebnisplan **sowie**

Anlage 2a - Veränderungen aus Ausgleichsvorschlägen, Nachmeldungen und Fachausschussempfehlungen zum Finanzplan/Investitions- und Finanzierungstätigkeiten

beschlossen.

- 1a. Die den Haushaltsanmeldungen zugrunde liegenden Maßnahmen aus den **Maßnahmenlisten der Fachbereiche (Anlage 4)** werden zur Kenntnis genommen. Der Bürgermeister wird beauftragt, die erforderlichen Schritte einzuleiten, um die u.a. in dem Haushalt 2017 vorgesehenen Aufwendungskürzungen und damit verbundenen Minderauszahlungen bzw. die Ertragssteigerungen und die damit verbundenen Mehreinzahlungen zu realisieren.

2. Der **Haushaltsbegleitbeschluss** zur Haushaltssatzung wird in der als **Anlage 0** beigefügten Fassung gefasst.

3. Aufgrund der §§ 95 ff der Gemeindeordnung (GO) wird nach Beschluss der Bürgerschaft vom und mit Genehmigung der Kommunalaufsichtsbehörde folgende **Haushaltssatzung** erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2017 wird

1. im Ergebnisplan mit

einem Gesamtbetrag der Erträge auf	780.676.500	EUR
einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	821.468.300	EUR
einem Jahresüberschuss von		
einem Jahres fehl betrag von	40.791.800	EUR
2. im Finanzplan mit

einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	758.811.500	EUR
einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	773.248.200	EUR
einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	92.964.700	EUR

einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitions- tätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	149.600.900	EUR
---	-------------	-----

festgesetzt.

(Stand: 07.10.2016)

§ 2

Es werden festgesetzt:

- | | | | |
|----|--|-------------|--|
| 1. | der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen | 27.884.200 | EUR |
| 2. | der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf | 60.542.600 | EUR |
| 3. | der Höchstbetrag der Kassenkredite auf | 450.000.000 | EUR |
| 4. | die Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen auf | 3.337,02 | Stand:
09/201
6 |

§ 3

Die Hebesätze für die Realsteuern sind wie folgt festgesetzt:

- | | | |
|----|---|-------|
| 1. | Grundsteuer | |
| | a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) | 400 % |
| | b) für die Grundstücke (Grundsteuer B) | 500 % |
| 2. | Gewerbesteuer | 450 % |

§ 4

Der Höchstbetrag für unerhebliche über- und außerplanmäßige Aufwendungen sowie Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen, für deren Leistung oder Eingehung der Bürgermeister seine Zustimmung nach § 95 d Abs. 1 oder § 95 f Abs. 1 GO erteilen kann, beträgt **250.000 EUR**. Die Genehmigung der Bürgerschaft gilt in diesen Fällen als erteilt. Der Bürgermeister ist verpflichtet, der Bürgerschaft mindestens halbjährlich über die geleisteten über- und außerplanmäßigen Ausgaben und die über- und außerplanmäßig eingegangenen Verpflichtungen zu berichten.

Mit Ausnahme der Eilentscheidungen des Bürgermeisters nach § 65 Abs. 4 GO ist bei einer beabsichtigten Verwendung von Budgetmitteln als Deckung für Maßnahmen im Zuständigkeitsbereich eines anderen Fachausschusses auch eine vorbereitende Beratung im abgebenden Fachausschuss und im Falle widersprechender Empfehlungen der beteiligten Fachausschüsse das koordinierende Votum des Hauptausschusses einzuholen.

§ 5

Der Gesamtbetrag für max. abzuschließende Zinsderivate wird für das Jahr 2017 auf **50 Mio. EUR** festgesetzt.

Die kommunalaufsichtliche Genehmigung wurde am erteilt.

(Ende des Satzungstextes)

4. Stellenplan

Der Stellenplan 2016 (3.292,48 Planstellen) wird zu dem Haushaltsjahr 2017 um die sich aus der **Anlage 5a** ergebenden Stellenplanänderungen (Veränderungsliste) ergänzt und in der

sich daraus ergebenden Fassung als **Stellenplan für das Haushaltsjahr 2017** festgesetzt: **3337,02 Planstellen**.

Nachfragen der Ausschussmitglieder Mählenhoff (Produkthaushaltsseite 258, Produkt 126001 Schwankung der Ansätze; Ergebnishaushalt Produkt 122004 Erhöhung der Erstattung für das Tierheim) sowie Dr. Lengen und Metzner (Auflistung der Haushaltsauszahlungsreste Finanzplan/Investitionstätigkeiten Produkt 126001 S. 102, Produkt 127001 S. 114) beantworteten Herr Neumann, Herr Hinsen, Frau Hartmann, Herr Hopp und Herr Uhlig.

Für Herrn Dr. Lengen und Frau Metzner sind die Haushaltsreste so nicht nachvollziehbar und sie fordern zu den Produkten 126001 und 127001 eine genaue Auflistung, woher diese stammen und für was diese angemeldet worden seien.

Herr Hinsen schlägt vor, vor der Beratung in der Bürgerschaft die geforderte Aufstellung den Fraktionen in der kommenden Woche zur Kenntnis zu geben sowie der Niederschrift beizufügen.⁴

Der Ausschuss stimmt dem Vorschlag zu.

Frau Wind-Olßon beantragt, die Vorlage ohne Votum zur Kenntnis zu nehmen.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage einstimmig, bei 13-Jaustimmen, 0-Neinstimmen und 0-Stimmenthaltungen, ohne Votum zur Kenntnis.

**zu 6.3 Bebauungsplan 32.14.00 – Auf dem Baggersand / Hafenquartier –
Satzungsbeschluss und zugehörige 113. Änderung des Flächennutzungsplanes - abschließender Beschluss (5.610) Vorlage: VO/2016/04260 (vorgezogen)**

Beschlussvorschlag:

1. *Die während der öffentlichen Auslegung nach § 3 Abs. 2 des Baugesetzbuches (BauGB) zum Entwurf der 113. Änderung des Flächennutzungsplanes und zum Entwurf des Bebauungsplanes 32.14.00 – Auf dem Baggersand / Hafenquartier – sowie die in der nachfolgenden eingeschränkten Beteiligung nach § 4a Abs. 3 Satz 4 BauGB zu Änderungen der ausgelegten Bauleitplanentwürfe abgegebenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit, der Behörden und der sonstigen Träger öffentlichen Belange hat die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck geprüft und in die Abwägung eingestellt. Gleiches gilt für die Stellungnahmen aus vorangehenden Beteiligungsverfahren nach den §§ 3 und 4 BauGB, soweit sie für die Abwägungsentscheidung zu den Bauleitplänen noch von Belang sind.*

Der Bericht zur Prüfung und Abwägung der im Rahmen der durchgeführten Beteiligungsverfahren eingegangenen Stellungnahmen wird in der vorliegenden Fassung (Anlage 1) gebilligt.

Der Bereich Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, diejenigen, die eine Stellungnahme abgegeben haben, von diesem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.

⁴ Anlage 3

2. Die 113. Änderung des Flächennutzungsplanes wird in der vorliegenden Fassung (Anlage 2) beschlossen.

Die zugehörige Begründung wird in der vorliegenden Fassung (Anlage 3) gebilligt.

3. Der Bereich Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, die Änderung des Flächennutzungsplanes dem Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein nach § 6 Abs. 1 BauGB zur Genehmigung vorzulegen und danach die Erteilung der Genehmigung nach § 6 Abs. 5 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. In der Bekanntmachung ist anzugeben, wo der Änderungsplan mit Begründung und zusammenfassender Erklärung während der Sprechstunden eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann.
4. Auf Grund des § 10 Abs. 1 BauGB sowie nach § 84 der Landesbauordnung wird der Bebauungsplan 32.14.00 – Auf dem Baggersand / Hafenquartier – in der vorliegenden Fassung (Anlage 4) als Satzung beschlossen.

Die zugehörige Begründung wird in der vorliegenden Fassung (Anlage 7) gebilligt.

5. Der Bereich Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, den Beschluss des Bebauungsplanes durch die Bürgerschaft nach § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. In der Bekanntmachung ist anzugeben, wo der Plan mit Begründung und zusammenfassender Erklärung während der Sprechstunden eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann.

Fragen von Frau Mählenhoff sowie Herrn Schubert beantworten Frau Hartmann sowie Frau Biermann.

Herr Schubert lässt über die Vorlage abstimmen.

Der Ausschuss empfiehlt bei **11**-Jastimmen, **2**-Neinstimmen und **0**-Stimmenthaltungen mehrheitlich, gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

zu 6.4 Bebauungsplan 17.57.00 - Baltische Allee / Wasserfahr - Satzungsbeschluss und zugehörige 121. Änderung des Flächennutzungsplanes - abschließender Beschluss (5.610) Vorlage: VO/2016/04289 (vorgezogen)

Beschlussvorschlag:

1. Die während der öffentlichen Auslegung nach § 3 Abs. 2 des Baugesetzbuches (BauGB) zum Entwurf der 121. Änderung des Flächennutzungsplanes und zum Entwurf des Bebauungsplanes 17.57.00 - Baltische Allee / Wasserfahr - abgegebenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit, der Behörden und der sonstigen Träger öffentlichen Belange hat die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck geprüft und in die Abwägung eingestellt.

Gleiches gilt für die Stellungnahmen aus vorangehenden Beteiligungsverfahren nach den §§ 3 und 4 BauGB, soweit sie für die Abwägungsentscheidung zu den Bauleitplänen noch von Belang sind.

Der Bericht zur Prüfung und Abwägung der im Rahmen der durchgeführten Beteiligungsverfahren eingegangenen Stellungnahmen wird in der vorliegenden Fassung (Anlage 1) gebilligt.

Der Bereich Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, diejenigen, die eine Stellungnahme abgegeben haben, von diesem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.

2. *Die 121. Änderung des Flächennutzungsplanes wird in der vorliegenden Fassung (Anlage 2) beschlossen.*

Die zugehörige Begründung wird in der vorliegenden Fassung (Anlage 3) gebilligt.

3. *Der Bereich Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, die Änderung des Flächennutzungsplanes dem Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein nach § 6 Abs. 1 BauGB zur Genehmigung vorzulegen und danach die Erteilung der Genehmigung nach § 6 Abs. 5 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. In der Bekanntmachung ist anzugeben, wo der Änderungsplan mit Begründung und zusammenfassender Erklärung während der Sprechstunden eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann.*

4. *Auf Grund des § 10 Abs. 1 BauGB sowie nach § 84 der Landesbauordnung wird der Bebauungsplan 17.57.00 - Baltische Allee / Wasserfahr - in der vorliegenden Fassung (Anlage 4) als Satzung beschlossen.*

Die zugehörige Begründung wird in der vorliegenden Fassung (Anlage 7) gebilligt.

5. *Der Bereich Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, den Beschluss des Bebauungsplanes durch die Bürgerschaft nach § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. In der Bekanntmachung ist anzugeben, wo der Plan mit Begründung und zusammenfassender Erklärung während der Sprechstunden eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann.*

Herr Schubert lässt über die Vorlage abstimmen.

Der Ausschuss empfiehlt bei 12-Jastimmen, 0-Neinstimmen und 1-Stimmenthaltungen einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

**zu 6.5 Annahme einer Geldspende der "Gemeinnützige Sparkassenstiftung zu Lübeck" über 3.000,00 Euro
(Unterstützung zur Erstellung einer Klimabroschüre) Vorlage: VO/2016/04309**

Beschlussvorschlag:

Die Geldspende der Gemeinnützigen Sparkassenstiftung über 3.000,00 EUR zur Erstellung einer Klimabroschüre wird angenommen.

Herr Schubert lässt über die Vorlage abstimmen.

Der Ausschuss empfiehlt bei 13-Jastimmen, 0-Neinstimmen und 0-Stimmenthaltungen einstimmig, gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

zu 7 Berichte und Antworten

zu 7.1 Eheschließungen im Rathaus und auf der Passat Vorlage: VO/2016/04012

Fragen der Ausschussmitglieder Wind-Olßon, Müller, Dr. Lengen und Mählenhoff beantworteten Herr Hinsen und Frau Teege.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

zu 8 Neue Anfragen und Verschiedenes

zu 8.1 Anfrage Frau Menorca - bauliche Überprüfung Neueröffnungen (Gastronomie)

Frau Menorca berichtet über einen Imbiss/Holzkohlegrill in der Fackenburger Allee, der neu eröffnet habe. Vermutlich sei in der Abzugsanlage kein Filter eingebaut, da die Gerüche aus dem Imbiss bis in die Friedenstraße wahrnehmbar seien. Es könne in der Februar- bzw. Märzsession berichtet werden, wer für bauliche Maßnahmen, deren Auflagen und Überwachung in Bezug auf Gaststätten/Bistros zuständig sei.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 8.2 Anfrage Frau Menorca - WLAN Gremiensitzungen

Frau Menorca fragt nach, ab wann WLAN in den Sitzungsräumen der Ausschüsse verfügbar sei. Herr Dedow fügt hinzu, dass er diesbezüglich für die nächste Bürgerschaftssession einen Antrag gestellt habe.

Man werde versuchen, eine Antwort vom zuständigen Bereich zu erhalten, merkt Herr Hinsen an.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 8.3 Anfrage Frau Metzner - Kontrollen ruhender Verkehr Stadtfreiheit, Hansestraße, Hansering

Frau Metzner berichtet über zugeparkte Anwohnerparkplätze im Bereich Stadtfreiheit, Hansestraße und Hansering. Es gebe massive Beschwerden von Anwohnern, auch sei schon die Polizei gerufen worden. Es sei der Vorwurf geäußert worden, dass man nur Kontrollen in ruhigen Zeiten und nicht bei Veranstaltungen (z.B. Sportveranstaltungen) durchführe. Sie bittet um Auflistung, wann in diesem Bereich in 2016 Kontrollen durchgeführt worden sind.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 8.4 Anfrage Herr Schubert - Gewährleistung Baumschutz bei Herstellung der Ver-

Verkehrssicherheit (Einsatz von auftauenden Mitteln - Streusalz)

Herr Schubert fragt nach, durch welche Maßnahmen der Baumschutz gewährleistet werde, wenn zur Herstellung der Verkehrssicherheit in der kalten Jahreszeit auftauende Mittel („Streusalz“) verwendet werden.

Die Beantwortung erfolgt in einer der nächsten Sitzungen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 8.5 Anfrage Herr Müller - Abschiebungen in Lübeck

Herr Müller bezieht sich auf die Sitzung des Hauptausschusses vom 08.11.2016 und die Beratung Anfrage von Herrn Zander bzgl. Abschiebungen und bittet darum, das Thema auch in der Januar oder Februarsitzung des Ausschusses auf die Tagesordnung zu setzen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 8.6 Anfrage Herr Müller - AG - Besucherlenkung Priwall

Herr Müller berichtet über die Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur Besucherlenkung und Besucherinformation auf dem Priwall und möchte gern mehr Informationen dazu.

Die Beantwortung erfolgt in einer der nächsten Sitzungen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 8.7 Anfrage Herr Müller - Landschaftsschutzgebiet Priwall

Herr Müller fragt nach, ob es schon Neuigkeiten bzgl. der Einrichtung eines Landschaftsschutzgebietes auf dem Priwall gebe.⁵ Laut Herrn Hinsen dauere die Prüfung noch an, es werde zu gegebener Zeit im Ausschuss berichtet.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 8.8 Anfrage Herr Otte - Nylongurte bei Baumneupflanzungen

Herrn Otte ist aufgefallen, dass bei Neupflanzungen die Bäume mit Nylongurten fixiert werden. Beim Wachsen der Bäume käme es dadurch zu Scheuerstellen und die Rinde würde beschädigt. Er fragt nach, ob künftig die Bäume mit zwei Pflöcken und Kokosfaserseilen fixiert werden könnten.

Die Beantwortung erfolgt in einer der nächsten Sitzungen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Schubert stellt gemäß Beschlussfassung (TOP 2) um 18:10 Uhr einen nichtöffentlichen Teil der Sitzung her.

⁵ Siehe Niederschrift Nr. 30 Sitzung des Ausschusses vom 20.09.2016 TOP 5.2.2

Öffentlicher Teil:

zu 14 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Herr Schubert stellt gegen 18:13 Uhr die Öffentlichkeit wieder her und gibt bekannt, dass im nichtöffentlichen Teil ein Bericht zur Kenntnis genommen worden sei. Herr Schubert schließt die Sitzung um 18:15 Uhr.

Lübeck, den 24. Januar 2017

Hans-Jürgen Schubert
Vorsitzender

Maik Schneider-Wendt
Protokollführung